

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025

Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturreformen noch dringlicher

In ihrer aktuellen Gemeinschaftsdiagnose erwarten die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute eine Fortsetzung der Kombination aus Konjunktur- und Strukturkrise in Deutschland. Zudem belastet die protektionistische Handelspolitik der USA die Konjunktur nicht nur in Deutschland. Erst für 2026 rechnen die Institute mit einer allmählichen wirtschaftlichen Erholung in Deutschland. Angesichts der unklaren US-Zollpolitik stehen die gesamte Prognose aber unter großer Unsicherheit.

1. Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft hat sich im vergangenen Jahr insgesamt robust entwickelt. Das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist um 2,7 Prozent gewachsen und damit nur unwesentlich langsamer als im Jahr 2023 mit 2,8 Prozent. Die Schwellenländer (+4,1 Prozent) verzeichneten erneut ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum als die fortgeschrittenen Volkswirtschaften (+1,9 Prozent).

Die regionalen Unterschiede in der Wachstumsdynamik waren 2024 erneut groß. Während das BIP in Asien um 3,9 Prozent zulegen konnte, stieg das BIP in Amerika um 2,6 Prozent und in Europa nur um 1,3 Prozent. Innerhalb Asiens trieben insbesondere Indien (+6,7 Prozent) und China (+5,0 Prozent) das Wachstum an. Die japanische Wirtschaft hingegen stagnierte mit einem Plus von lediglich 0,1 Prozent. Die Volkswirtschaften Lateinamerikas konnten ihre Wirtschaftsleistung um 1,9 Prozent ausweiten, Kanadas BIP wuchs um 1,5 Prozent.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum verläuft weiter unterdurchschnittlich. Insbesondere die Wertschöpfung der Industrie und des Baugewerbes entwickelt sich schwach. Der private Konsum wuchs zuletzt aufgrund der steigenden Kaufkraft hingegen wieder stärker. Unter den großen Volkswirtschaften der EU stach 2024 insbesondere Spanien mit einem BIP-Wachstum von 3,2 Prozent hervor. Frankreich (+1,1 Prozent) und Italien (+0,5 Prozent) wuchsen hingegen deutlich langsamer. Neben Deutschland (-0,2 Prozent) verzeichneten auch Österreich (-1,3 Prozent) und Finnland (-0,1 Prozent) sowie die beiden baltischen Länder Lettland (-0,4 Prozent) und Estland (-0,2 Prozent) einen Rückgang ihrer Wirtschaftsleistung.

Im vergangenen Jahr entwickelte sich erneut die globale Industrieproduktion unterdurchschnittlich und auch der Welthandel blieb mit einem Plus von 1,8 Prozent deutlich hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurück. Wachstumstreiber waren einmal mehr die Dienstleistungen.

Die Inflation ist in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften im vergangenen Jahr gesunken. Als Reaktion darauf haben viele Zentralbanken ihre Geldpolitik gelockert und die Leitzinsen gesenkt. Gleichzeitig hat sich der Rückgang der Inflationsraten im Laufe des Jahres 2024 verlangsamt. Merkliche Zinssenkungen sind vor diesem Hintergrund unwahrscheinlich, weshalb von der Geldpolitik im laufenden Jahr nur noch geringe positive Wachstumsimpulse zu erwarten sind. Zugleich haben sich die sicherheitspolitischen Herausforderungen insbesondere in Europa deutlich verschärft. Lockerungen bei den Fiskalregeln auf nationaler und auf europäischer Ebene sind die Folge. Große konjunkturelle Impulse erwarten die Institute hiervon dennoch nicht.

Insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 gewann die weltweite Konjunktur an Dynamik. Die erratische Handelspolitik der US-Regierung bremst diese Entwicklung nun wieder aus. Zum einen verlangsamen zunehmende Handelsbarrieren den weltweiten Handel sowie eine wachstumsfördernde internationale Arbeitsteilung. Zusätzlich steigert die Unvorhersehbarkeit der Politik die wirtschaftspolitische Unsicherheit, was dazu führt, dass Investitionen aufgeschoben werden oder gänzlich ausfallen.

Die Institute erwarten sowohl für 2025 als auch für 2026 ein verlangsamtes Wachstum der Weltwirtschaft von jeweils 2,5 Prozent. Sowohl in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern schwächt sich die Dynamik ab. Letztere dürften vor allem darunter leiden, dass infolge der hohen Zölle und der allgemeinen Unsicherheit ausländische Direktinvestitionen ausbleiben.

In den USA wird sich die Konjunktur der Prognose zufolge spürbar abschwächen. Die große Unsicherheit belastet sowohl Investitionen als auch den privaten Konsum. Dieser leidet zusätzlich unter den hohen Inflationserwartungen, die zuletzt bei 5 Prozent lagen. Chinas Wirtschaft wird von der US-Zollpolitik besonders stark geschwächt, sodass sich die konjunkturelle Dynamik weiter verlangsamen wird. Die Inlandsnachfrage war bereits im vergangenen Jahr schwach. Unverändert bestehen strukturelle Probleme im Immobiliensektor. Eine expansive Fiskal- und Geldpolitik wird der konjunkturellen Abschwächung etwas entgegenwirken.

Auch im Euroraum wird die wirtschaftliche Entwicklung durch die Unsicherheit geschwächt. Gleichzeitig kommen positive Effekte von Kaufkraftsteigerungen und günstigeren Finanzierungsbedingungen. Insgesamt könnte die europäische Wirtschaft aber leicht stärker wachsen als 2024.

Die Prognose steht insgesamt aber unter großem Risiko, das vor allem von der US-Zollpolitik ausgeht. Eine Eskalation des Handelskonflikts würde die Weltwirtschaft noch stärker belasten. Der dann zunehmende Inflationsdruck könnte die Zentralbanken dazu veranlassen, ihre Geldpolitik wieder zu straffen, was Investitionen und Konsum zusätzlich dämpft.

Tabelle 1
 Prognosen für ausgewählte Länder und Regionen
 Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gg. Vorjahr

	2024	2025	2026
EU-27	+1,0%	+1,3%	+1,5%
Frankreich	+1,1%	+0,5%	+1,2%
Italien	+0,5%	+0,6%	+0,9%
Spanien	+3,2%	+2,4%	+1,9%
Österreich	-1,3%	-0,1%	+1,2%
Polen	+2,8%	+3,4%	+3,2%
Tschechien	+1,0%	+2,3%	+2,6%
Ungarn	+0,6%	+1,7%	+3,1%
Vereinigtes Königreich	+0,9%	+1,0%	+1,4%
Russland	+4,1%	+2,0%	+1,0%
USA	+2,8%	+1,8%	+1,8%
Lateinamerika	+1,9%	+1,4%	+1,7%
Japan	+0,1%	+0,8%	+0,5%
China	+5,0%	+4,7%	+4,4%
Indien	+6,7%	+6,5%	+6,5%
Ostasien (ohne China)	+1,5%	+3,9%	+3,8%

2. Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach Ansicht der Wirtschaftsforschungsinstitute unverändert in der Krise, die nicht nur konjunktureller, sondern auch struktureller Natur ist. Die strukturellen Belastungsfaktoren sind ein zunehmender Wettbewerbsdruck vor allem aus China, das Wegbrechen energieintensiver Industrien, eine sinkende Erwerbsbevölkerung sowie ein hoher bürokratischer Aufwand für die Unternehmen. Aktuell kommen

zusätzliche Unsicherheiten und Belastungen durch die Handelspolitik der USA hinzu. Diese ist hauptverantwortlich dafür, dass die Institute ihre Wachstumsprognose für Deutschland spürbar nach unten revidiert haben. Infolge der außenwirtschaftlichen Belastungen bleibt die ursprünglich für das zweite Halbjahr 2025 erwartete Erholung weitgehend aus. Im Jahresdurchschnitt 2025 wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland demnach nur minimal um 0,1 Prozent gegenüber 2024 zunehmen, im Herbst 2024 hatten die Institute noch in Plus von 0,7 Prozent für 2025 prognostiziert. In der aktuellen Prognose sind die US-Zölle auf Stahl, Aluminium und Pkw, noch nicht jedoch das Anfang April verkündete umfassende Zollpaket von US-Präsident Trump mit einem zusätzlichen Basiszoll von 10 Prozent auf alle US-Importe sowie den länderspezifischen reziproken Zöllen, die für die meisten Länder bis Juli ausgesetzt sind. Sollte es zu keiner De-Eskalation im Zollstreit mit den USA kommen, ist die BIP-Prognose von +0,1 Prozent für 2025 nicht zu halten. Dank der expansiven Finanzpolitik in Deutschland wird das BIP im kommenden Jahr der Prognose zufolge um 1,3 Prozent steigen, wobei 0,3 Prozentpunkte auf die höhere Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen ist.

Die Prognose für Deutschland steht unter folgenden Annahmen:

- Ölpreis je Barrel (Brent): 70,9 US-\$ in 2025; 67,1 US-\$ in 2026 (nach 79,7 US-\$ in 2024)
- Strompreis je MWh (Phelix): 93,1 € in 2025; 84,8 € in 2026 (nach 79,6 € in 2024)
- Gaspreis je MWh (TTF): 42,8 € in 2025; 34,6 € in 2026 (nach 27,5 € in 2024)
- Welthandel: +2,1 Prozent in 2025; +1,6 Prozent in 2026
- Wechselkurs: 1,07 US-\$ je € in 2025, 1,08 US-\$ in 2026.
- Hauptrefinanzierungssatz der EZB: 2,25 Prozent Ende 2025 auch Ende 2026

Neben der US-Zollpolitik sorgt auch die innenpolitische Lage in Deutschland für einen erheblichen Unsicherheitsfaktor der aktuellen Prognose. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD konnte nicht mehr berücksichtigt werden, auch die konkrete Umsetzung des Schuldenpakets steht noch nicht fest.

Die deutschen Exporte sind im vergangenen Jahr vor allem infolge einer verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit gesunken. Für das laufende Jahr ist angesichts der US-Zollpolitik, die den gesamten Welthandel beeinträchtigt, mit keiner Erholung zu rechnen, sodass die Exporte im Jahresdurchschnitt nochmals um 2,7 Prozent zurückgehen werden. Für 2026 ist vor allem eine zunehmende Nachfrage aus Europa zu erwarten, was die deutschen Ausfuhren um 1,5 Prozent steigen lassen sollte. Mit diesem moderaten Wachstum geht ein weiterer Verlust von Weltmarktanteilen einher. Die Importe werden der Prognose zufolge im laufenden Jahr moderat um 1,4 Prozent und im kommenden Jahr um 2,1 Prozent steigen. Hier spielt auch die zunehmende Einfuhr von Gütern der Verteidigungsindustrie eine Rolle.

Die Investitionsschwäche in Deutschland hat zu einem kräftigen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen geführt. Auch im ersten Halbjahr 2025 wird die Investitionsneigung sehr schwach bleiben. Erst in der zweiten Jahreshälfte und im kommenden Jahr sollte die Dynamik etwas zunehmen. Vor allem die private Investitionstätigkeit bleibt schwach. Dagegen werden die staatlichen Investitionen kräftig zulegen, wofür die Ausgaben für Verteidigungsgüter verantwortlich ist. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen im

Jahresdurchschnitt 2025 nochmals um 1,3 Prozent zurückgehen, bevor sie im kommenden Jahr um 4,0 Prozent steigen sollen.

Bei den Bauinvestitionen scheint die Bodenbildung erreicht zu sein, darauf deuten wieder steigende Auftragseingänge und Baugenehmigungen hin. Die Erholung wird aber nur langsam erfolgen, unter anderem, weil die Hypothekenzinsen zuletzt wieder gestiegen sind. Gestützt wird der Bau durch öffentliche Investitionen. Spätestens im kommenden Jahr werden Mittel aus dem Sondervermögen für den Tiefbau abfließen. Der Wirtschaftsbau hingegen wird nur moderat ausgeweitet werden, positive Impulse aus dem Sondervermögen dürften hier beim Ausbau der Energienetze und der Glasfaserversorgung zu spüren sein. Alles in allem werden die Bauinvestitionen der Prognose zufolge im Jahresdurchschnitt 2025 um 0,3 Prozent niedriger ausfallen als 2024, was vor allem am niedrigen Niveau zum Jahresbeginn liegt. Im kommenden Jahr ist dann ein Plus von 2,5 Prozent zu erwarten.

Die Konsumneigung bleibt weiterhin schwach. Verantwortlich ist vor allem eine hohe Verunsicherung der Verbraucher. Dies zeigt sich in einer gestiegenen Sparquote. Angesichts der anhaltenden wirtschafts- und geopolitischen Unsicherheiten sowie einer schwachen Arbeitsmarktentwicklung wird die Sparquote allenfalls geringfügig zurückgehen. Gleichzeitig werden die real verfügbaren Einkommen bei einer Inflationsrate von 2,2 Prozent im laufenden Jahr stagnieren und 2026 (Inflationsrate 2,1 Prozent) um 0,6 Prozent zulegen. In der Folge wird der private Konsum nur schwach um 0,5 Prozent im Jahresdurchschnitt 2025 und um 0,7 Prozent im Jahresdurchschnitt 2026 steigen.

Angesichts der schwachen Wirtschaftsentwicklung wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zunächst weiter verschlechtern. Im Zuge der erwarteten moderaten konjunkturellen Erholung im kommenden Jahr sollte sich dann auch der Arbeitsmarkt wieder leicht verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird der Prognose zufolge im Jahresdurchschnitt 2025 bei 46,019 Millionen Personen liegen, das sind 63.000 weniger als im Jahr zuvor. Im kommenden Jahr ist dann wieder ein Anstieg um 28.000 zu erwarten. Die Zahl der Arbeitslosen wird von 2,787 Millionen im Jahr 2024 auf 2,952 Millionen im laufenden Jahr steigen, für 2026 wird eine Zahl von 2,919 Millionen erwartet. Das entspricht Arbeitslosenquoten von 6,3 bzw. 6,2 Prozent, 2024 lag die Quote bei 6,0 Prozent.

3. Wirtschaftspolitische Empfehlungen

Die Forschungsinstitute erkennen an, dass erhebliche Aufwendungen für Verteidigung und Infrastruktur nötig sind. Die 1-Prozent-Grenze für die Kreditaufnahme für Verteidigung im regulären Haushalt halten sie jedoch für „wenig ambitioniert“. Verteidigungsausgaben sollten dauerhaft aus dem Kernhaushalt finanziert werden, ein Sondervermögen oder eine Ausnahmeklausel ist nur temporär zu rechtfertigen, um einen Investitionsstau aufzulösen. In Bezug auf die Infrastruktur schlagen die Institute eine grundlegende Reform vor, die



eine verstärkte Nutzerfinanzierung umfasst. Denkbar sind z. B. Beteiligungsgesellschaften für Fernstraßen oder das Eisenbahnnetz, denen die Nutzerentgelte zufließen.

Vor allem machen die Forschungsinstitute aber deutlich, dass das Schuldenpaket die strukturelle Wachstumsschwäche in Deutschland nicht löst. Hierfür seien grundlegende Reformen notwendig: die sozialen Sicherungssysteme müssen demografiefest gemacht und dadurch die Kostendynamik eingedämmt werden; um das Arbeitsangebot zu erhöhen müssen Anreize geschaffen werden, die Erwerbsbeteiligung zu erhöhen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, die qualifizierte Zuwanderung zu erleichtern und die Vollzeitarbeit attraktiver zu gestalten; im unteren Einkommensbereich müssen Arbeitsanreize gestärkt werden; die Kosten der Energiewende müssen gesenkt werden, eine durchgreifende Entbürokratisierung ist dringend erforderlich.

Tabelle 2

Eckdaten der Prognose für Deutschland

Veränderung ggü. Vorjahr in Prozent, sofern nicht anders angegeben

				2025		2026	
	2024	2025	2026	1.HJ	2.HJ	1.HJ	2.HJ
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	+0,1	+1,3	-0,4	+0,5	+0,9	+1,7
Privater Konsum	+0,3	+0,5	+0,7	+0,3	+0,7	+0,5	+0,8
Staatlicher Konsum	+3,5	+1,9	+2,0	+2,8	+0,9	+1,7	+2,3
Ausrüstungsinvestitionen	-5,5	-1,3	+4,0	-3,7	+1,0	+2,5	+5,3
Bauinvestitionen	-3,3	-0,3	+2,5	-1,5	+0,9	+1,7	+3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	+3,9	+2,2	+3,8	+1,7	+2,6	+3,5	+4,0
Exporte	-1,1	-2,7	+1,5	-4,5	-0,8	+0,8	+2,1
Importe	+0,2	+1,4	+2,1	+1,5	+1,3	+1,5	+2,7
Exportüberschuss, nominal in Mrd.€	166,0	86,6	77,2	54,1	32,5	49,1	28,2
Produktivität je Stunde	-0,1	+0,1	+0,7	-0,5	+0,7	+0,9	+0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,3	+0,1	+0,5	+0,3	-0,1	±0,0	+1,0
Unternehmens- u- Vermögenseink.	-8,1	-5,6	+3,6	-9,5	-1,6	+2,3	+4,9
Arbeitnehmerentgelt	+5,6	+3,3	+3,2	+3,7	+3,0	+3,0	+3,4
Bruttolöhne u. -gehälter	+5,7	+2,7	+3,1	+3,1	+2,4	+2,9	+3,2
.....je Beschäftigten	+5,3	+2,8	+3,0	+3,1	+2,5	+2,9	+3,0
Sparquote (in % des Einkommens)	11,4	11,1	11,0	12,2	10,1	12,0	10,0
		2023	2024	2025			
Verbraucherpreise		+2,2	+2,2	+2,1			
Erwerbstätige im Inland (in Mio.)		46,082	46,019	46,047			
Arbeitslose (in Mio.; BA-Definition)		2,787	2,952	2,919			
Arbeitslosenquote (BA-Definition)		6,0%	6,3%	6,2%			

Ansprechpartner

Volker Leinweber, Elias Kerperin

Abt. Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133 / -422

volker.leinweber@vbw-bayern.de elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de